Arbeiterstimme

Einzelnummer 10 Pfennig
Bei Zeitungshändlern und in allen Kiosken erhältlich

Tageszeitung der KPD. / Sektion der Kommunistischen Internationale / Bezirk Ostsachsen

Beilagen: Der Rote Stern, Die Kommunistin, Der kommunistische Gewerkschafter, Der kommunistische Genossenschafter, Wirtschaftliche Rundschau, Kunst und Wissen

Bezugspreis für den Monat frei Haus 2 RM. (halbmonatlich 1 RM.); durch die Post bezogen monatlich 2 RM (ohne Zustellungsgebühr) / Verlag: „Arbeiterstimme", Dresden-A. / Geschäftsstelle und Expedition: Güterbahnhofstr. 2 / Fernsprech-Sammelnummer 14191 / Postscheckkonto Dresden Nr. 13553, Emil Schlegel / Redaktion: Dresden-A., Güterbahnhofstr. 2 / Fernspr.: Amt Dresden Nr. 17259 / Drahtanschrift: „Arbeiterstimme" Dresden / Sprechstunden der Redaktion: Wochentags 4—6 Uhr (außer Dienstag u. Donnerstag)

Anzeigenpreis: Die neunmal gespaltene Nonpareillezeile oder deren Raum 0,30 RM., für Familienanzeigen 0,20 RM., für die Reklamezeile anschließend an den dreigespaltenen Textteil 1,25 RM. Anzeigen-Annahme tags vorher bis 4 Uhr nachmittags in der Expedition Dresden-A., Güterbahnhofstraße 2 / Die „Arbeiterstimme" erscheint täglich außer an Sonn- und Feiertagen / In Fällen höherer Gewalt besteht kein Anspruch auf Lieferung der Zeitung oder auf Zurückzahlung des Bezugspreises

2. Jahrgang — Sonnabend, den 4. September 1926 — Nummer 195

Der Kongreß der Ausbeuter

Dresden, am 4. Sept. 1926.

Tausend Unternehmer aus allen Teilen Deutschlands haben sich in Dresden versammelt, um zu beraten, mit welchen Mitteln sie das morsche kapitalistische System der Ausbeutung wieder festigen können. Bei einer solchen Zusammenkunft durften selbstverständlich die Vertreter der Reichsregierung nicht fehlen, und so waren Stresemann, Curtius und ihr Finanzminister Reinhold gekommen, um die Wünsche der Ausbeuter zu vernehmen, um diese dann mit den Machtmitteln des Regierungsapparats durchzuführen. Als Vertreter der sächsischen Regierung war der Wirtschaftsminister Müller erschienen, um den Industriellen seinen Byzantinismus zu erweisen. Bei einer Konferenz von Arbeitern, die beraten, wie von den Arbeitern die schweren Schäden des kapitalistischen Profitsystems abgewandt werden können, sind diese sozialdemokratischen Minister nicht zu sehen, wenn es aber gilt, sich als Lakaien und Bravos der Kapitalisten zu zeigen, müssen die Agenten der Bourgeoisie dabei sein. Zur Stelle waren selbstverständlich auch die Vertreter des Unterdrückungsapparates, der Justiz, der Reichswehr und Marine. Aber nicht wie bei Arbeiterkongressen als heimliche Spitzel, um aus den gesammelten Material zur Verfolgung der Arbeitervertreter zu sammeln, sondern sie waren vertreten durch ihre Generale in voller Uniform, um der Bourgeoisie darzutun, daß sie bereit sind, jederzeit die Wünsche und Befehle der deutschen Bourgeoisie entgegenzunehmen.

Der Vorsitzende der sächsischen Industriellen Moras führte in seiner Begrüßungsrede aus, daß dieser mächtige Verband der Industriellen entstanden sei im Jahre 1919, in der Not der Zeit, um alle Kräfte organisch zusammenzufassen zum Kampf gegen die politischen Strömungen, die die kapitalistische Wirtschaft zu vernichten drohten. Er sagte klar und deutlich, daß dieser Verband eine einheitliche Kampforganisation sei und daß Einmütigkeit und ein einheitlicher Wille sie bei diesem ihrem Ziele beherrschte. Während die Arbeiterklasse durch die reformistischen Verräter abgehalten wird, als einheitliche Klasse zu kämpfen, sind in diesem Reichsverband alle konterrevolutionären Kräfte der Kapitalistenkaste zusammengefaßt. Für diese Riesenversammlung von Ausbeutern hat der sozialdemokratische Wirtschaftsminister Müller, obwohl er vorher aus dem Munde Moras gehört hat, welche Zwecke dieser Verband verfolgt, freundliche Worte des Dankes und der Begrüßung.

Der Reichswirtschaftsminister Curtius fand die Zustimmung der Ausbeuter, indem er zum soundsovielten Male die Behauptung aufstellte, daß die Förderung der Privatinteressen die Förderung des Gemeinwohles sei. Die Arbeiterschaft konnte aus seinem Munde hören, was mit ihren Steuergroschen geschieht, denn er führte aus, daß die letzten Mittel des Reiches daran gesetzt werden, um die Wirtschaft aus der furchtbaren Krise herauszubringen. Der Reichsfinanzminister Reinhold bestätigte das. Das Reich sei gewissermaßen der Bankier der Wirtschaft, und er bestätigte damit, daß in der Verfallsperiode des Kapitalismus die Regierung nicht nur das Mittel für die Bourgeoisie ist, um das Proletariat niederzuhalten, sondern ein Instrument, um durch Steuern so viel aus der werktätigen Bevölkerung herauszupressen, daß das System der kapitalistischen Ausbeutung mit diesen Geldern fortgeführt werden kann.

Der Oberscharfmacher Duisberg forderte in seinem Referat eine starke autoritative Regierung, Abbau der Sozialpolitik, Zentralisation der Wirtschaft. Er trat ein für ein Bündnis der französischen und deutschen Industrie, dem noch weitere Pakte folgen müßten. Seine Ideale sind Amerika, wo man die „Charakterschwächen der Sozialpolitik" nicht kennt und Japan, wo eine starke autoritative Regierung und staatliche Polizeigewalt seine höchste Bewunderung erregt haben. Die leichte Belebung der Wirtschaft führt er auf den englischen Bergarbeiterstreik zurück und ist der Meinung, daß eine entscheidende Besserung der Wirtschaft nicht eingetreten sei. Seine Ausführungen mit der Forderung der Verlängerung der Arbeitszeit und dem Ruf nach einer Diktatur — denn etwas anderes können seine Worte nicht bedeuten, wenn er sagt, daß Führer notwendig sind und die unbekümmert um den Wankelmut der Masse „betätigen" müssen.

Das Referat des kapitalistischen Wirtschaftspolitikers Kastl gipfelte ebenfalls in der Forderung nach Abbau des Parlamentarismus und Aenderung der Verfassung. Der Staat dürfe mit seinen Einrichtungen nicht zu einer reinen Versorgungsanstalt für Millionen Menschen werden, dadurch würde die Empfindung der eigenen Verantwortung für sich und seine Familie zerstört. Mit anderen Worten gesagt, heißt das Abbau der Sozialpolitik und Beseitigung der Erwerbslosenunterstützung. Er polemisierte gegen die Kreise, welche bei der Durchführung der Rationalisierung den Unternehmern unsoziales Empfinden vorgeworfen haben und sagte dabei wörtlich: „Ich kann hier mit Befriedigung feststellen, daß die gewerkschaftliche Presse sich erfreulicher Weise mit wenigen Ausnahmen von einer derartigen Stellungnahme ferngehalten hat." Aus dieser Anerkennung, die der Geschäftsführer der deutschen Industriellen den reformistischen Gewerkschaftsführern für ihre Politik zollt, sollten nunmehr die Arbeiter, insbesondere aber alle Gewerkschaftler, erkennen, in welchem Interesse die von den Gewerkschaftsführern verkündigte und als Ausweg aus der Krise empfohlene „Rationalisierung" liegt. Bei der Kritik der Maßnahmen zur Behebung der Erwerbslosigkeit forderte er, daß die Notstandsarbeiten nicht etwa die nötigen Kapitalien der Privatwirtschaft entzogen werden. Er forderte, daß die Notstandsarbeiten eine Rente abwerfen müssen, das heißt, er will, daß der Löwenanteil von den Staatsmitteln für Notstandsarbeiten in die Taschen der Kapitalisten fließt.

Bezüglich der Wohnungsfrage führte er unter lautem Beifall der Versammlung aus, daß im Reichswirtschaftsrat alle Teile, Arbeitgeber und Arbeitnehmer, sich einig darüber seien, daß mit der Wohnungszwangswirtschaft sobald als irgend möglich nun endlich aufgeräumt wird. Er forderte weiter Erhöhung der Mieten nach Maßgabe der Erhöhung des Lebenshaltungsindexes. Bezüglich des Dawesplanes mußte er zugeben, daß es zu einer Verarmung der Bevölkerung und zu einer Herabsetzung der Konsumfähigkeit des Marktes geführt habe. Sein Referat endete mit der Forderung des internationalen Zusammenschlusses der Kapitalisten zur Besserung der europäischen Wirtschaft.

Der Reichsfinanzminister Reinhold suchte in seiner Rede offenbar sich als guter Sachwalter der Kapitalisten zu empfehlen. Er wies auf die „glänzenden Erfolge" seiner Steuerpolitik für die Wirtschaft hin. Er bestätigte, daß durch die ungeheuren Steuern die Einnahmen der öffentlichen Gewalten immer größer und die Bevölkerung immer ärmer wird, daß der Staat der Bankier der Wirtschaft war. Er will eine Vereinfachung der Verwaltung durchführen, also mit „Rationalisierung im Staate", mit Abbau der Beamten, selbstverständlich aber nur der mittleren und unteren. Von den hohen Beamten sagte er, man müsse ihre Arbeitszeit auf die Hälfte herabsetzen und ihnen dasselbe Gehalt zahlen. Sonst dienten sie nur dazu, um unnütze Arbeit zu machen. Er stellte die Theorie auf, die Staatskassen müßten leer sein, dann sei eben nichts da für die Forderungen der Parteien, die ihren Wählern Rechnung tragen wollen. Also mit anderen Worten: Leere Staatskassen, damit kein Geld für sozialpolitische Zwecke ausgegeben werden kann.

Was der Nationalist Duisberg brutal ausspricht, das fordert der Demokrat Reinhold in versteckter Form. Er forderte weiter Selbständigkeit der Steuerbewilligung für die Länder und Gemeinden. Es müsse in Zukunft, so führt er aus, um jede 5 Proz. Steuerhöhung zu heftigen Kämpfen in den Gemeindeparlamenten kommen.

Der Arbeiterklasse zeigt die Tagung des Reichsverbandes der deutschen Industriellen, daß die Kapitalistenklasse und ihre Regierungen in einer straffen Einheitsfront zusammenstehen, um mit allen Mitteln der Staatsgewalt, durch Steuererpressung und brutale Niederwerfung der Arbeiter ihr Ausbeutungssystem aufrechtzuerhalten. Einig und organisatorisch festgeschlossen steht die Bourgeoisie mit ihrem Machtapparat der ausgebeuteten Klasse gegenüber, während diese durch die verräterische Arbeit der sozialdemokratischen Führer gehindert wird, sich als Klasse in Einheitsfront zu formieren, um in einheitlichem Kampfe gegen die kapitalistische Klasse das morsche und überreife System des Kapitalismus in den Abgrund zu stoßen. Die Tagung der deutschen Industriellen in Dresden muß für die Arbeiterschaft Veranlassung sein, jetzt die Arbeiter zu mobilisieren, sie aufzurütteln und unter den roten Fahnen der KPD in die Einheitsfront zu sammeln. Den Kapitalisten müssen die Arbeiter ihr Antwort, sie müssen dem Kongreß der Ausbeuter — den Kongreß der Werktätigen entgegensetzen.

Japanische Intervention in China

Japanische Seesoldaten in Hankau

Berlin, 4. September. Die „DAZ" meldet aus Hankau: Die japanischen Kanonenboote haben 250 Seesoldaten gelandet. Von Norden werden umfangreiche Verstärkungen auf den Marsch nach Hankau gesetzt. Es sind Bemühungen im Gange, den Generalgouverneur Sunchuanfang zum aktiven Eingreifen zu veranlassen.

Aktives Eingreifen in China

Berlin, 4. September. Die Morgenblätter melden aus Tokio: Der Generalgouverneur von Korea, General Kodama, macht seiner Regierung gegenüber den Vorschlag, in den Kampf gegen Kanton aktiv einzugreifen. Hierzu sei die Eisenbahnlinie von Mukden bei Tjanhin durch japanische Truppen zu besetzen. Gleichzeitig seien japanische Schiffe in chinesische Gewässer bei Tjanhin zu führen, um an der Blockade Kantons teilzunehmen. Das aktive Eingreifen Japans sei notwendig geworden, da sich die japanischen Kaufleute und Industriellen in China scharf bedroht sehe.

Zum 12. Internationalen Jugendtag

Von R. Sindermann, Dresden

Zum zwölften Male begeht die revolutionäre Jugend den internationalen Jugendtag. Es war Ostern 1915, als sich junge Proletarier aus den verschiedensten Ländern zusammenfanden, um den Kampf zur Beendigung des furchtbaren Völkermordens und zur Niederringung des Kapitalismus zu organisieren. Die Losung, die diese Konferenz unter das internationale Proletariat schleuderte, war der Kampfruf: Krieg der proletarischen Klasse gegen den imperialistischen Krieg. Damit war auch der kleinen Schar deutscher Jungarbeiter, die aller chauvinistischen Hetze der SPD-Führer und des Zentralvorstandes der sozialdemokratischen Jugend zum Trotz treu geblieben waren dem Gedanken der internationalen Verbrüderung des Proletariats, und die an den Sieg der proletarischen Revolution über den Kapitalismus glaubten, eine Richtschnur zur Arbeit gegeben.

Karl Liebknecht, der unvergeßliche Führer der revolutionären Jugend, setzte alle Hebel in Bewegung, und schon ein Jahr später, Ostern 1916 in Jena, faßte er die revolutionäre Jugend Deutschlands in einer geheimen Konferenz zusammen. Unvergeßlich wird der deutschen Arbeiterschaft bleiben, daß man endlich wagte, an Stelle der im sozialpatriotischen Sumpfe verfaulten Sozialdemokratischen Partei eine neue, revolutionäre Organisation erstehen zu lassen, die frei von der Seuche des Opportunismus den Grundstein zur Kommunistischen Partei und Jugend legte.

Mit frischer Kraft ging es an die Arbeit. Größer wurde die Organisation, trotz des Verlustes von Karl Liebknecht, den man am 1. Mai 1916, dem Weltfeiertag des Proletariats, in Berlin bei der ersten offenen Demonstration gegen den Krieg verhaftete und ins Zuchthaus warf, um damit den jungen Revolutionären ihren Führer zu nehmen. Intensiver und erfolgreicher gestalteten sich die einzelnen Kämpfe, die geführt wurden trotz schärfster Maßnahmen der Polizei und des Militärs. Geheime Literatur wurde in Massen umgesetzt, die Feldpost auf das umfangreichste ausgenutzt, um dem Militarismus und dem Millionenmorden Abbruch zu tun. Es würde zu weit führen, Einzelheiten anzuführen, um die Unerschrockenheit, die nur einer siegessicheren und zielklaren Organisation zu eigen sein kann, dieser Kämpfe zu schildern. Der 3. internationale Jugendtag 1917 aber war ein Beweis des Opfermutes. In vielen Orten wurde demonstriert und damit Tausenden von Arbeitern gezeigt, daß die Idee des Klassenkampfes nicht vernichtet, sondern das Jungproletariat der Bannerträger des Sozialismus geworden war. Schwere Zuchthausstrafen ließ die Klassenjustiz auf die Demonstrationsteilnehmer herniederprasseln.

Unentwegt wurde die Arbeit aber weitergeführt und die Revolution im Osten gab dem 4. internationalen Jugendtag neue Aufgaben. Schon sprach man in ganz Deutschland von dem Zusammenbruch der Front, von der Revolution, die vor der Tür stand. Als diese Tatsache dann im November 1918 eintrat, waren es Tausende von Jugendlichen, die dem befreiten Karl Liebknecht folgten, die willig und mit ihrer ganzen inneren Ueberzeugung ihr Leben auf den Barrikaden Berlins für den Sieg des Proletariats opferten. Es reichte nicht zum Sieg über die Bourgeoisie, aber gerade dadurch schuf man die politische Organisationen, die bis heute schon schwere Schlachten hinter sich haben, aber in diesen Kämpfen sich Millionen Herzen der Arbeiterschaft erobert haben. Die Kommunistische Jugend stellte bei allen diesen Kämpfen 1920 und 1921 sowie 1923 vollauf ihren Mann. Sie zeigte damit der Jungarbeiterschaft, daß sie alles einsetzt zur Befreiung des Gesamtproletariats und der erwachsenen Arbeiterschaft, daß sie ein würdiges Glied der Kommunistischen Partei, der Kommunistischen Jugend-Internationale ist.

Zur selben Zeit, da sich in Genf die Vertreter der imperialistischen Staaten zusammenfinden, zur selben Stunde, da täglich vom „Völkerfrieden" und von „Abrüstung" geschwatzt wird, derweil man die gemeinsame Front der kapitalistischen Räuber gegen den einzigen Staat der Arbeiter und Bauern formiert — in diesen Tagen begeht das revolutionäre Jungproletariat seinen 12. Jugendtag. Trotz all der Friedensschalmeien wird sich die Jugend nicht einlullen lassen. Wir haben gelernt, drohenden Wetterzeichen gleich türmen sich am politischen Horizont die Kriegsgefahren.

Noch ist es Zeit um zum Gegenstoß eines neuen Weltenmordens zu rüsten und den Ansturm des internationalen Kapitalismus gegen Sowjetrußland, das Bollwerk der proletarischen Revolution, aufzuhalten. Millionen junger Proleten sollen wieder zur Schlachtbank der Profithyänen geführt werden, sollen wiederum Kanonenfutter des Kapitalismus sein. Die revolutionäre Jugend hat klar erkannt, daß dies der einzige Ausweg des Kapitalismus ist, denn solange er existiert, wird es imperialistische Kriege geben, wird er kämpfen um die Neuaufteilung der Weltmärkte. Diese Lehre, die Karl Marx uns gegeben, ist für uns Veranlassung, nicht einzustimmen in die pazifistischen Jammerrufe und „Kampflieder" der SAJ. wie „Nie, nie wollen wir Waffen tragen", sondern wir werden mit aller Klarheit unsere Arbeit darauf einstellen, wie man den besten Gegenstoß führen kann. Das Vermächtnis Lenins gibt uns dazu vollkommenen Aufschluß, um unsere Arbeit entsprechend zu organisieren. In seinem „Militärprogramm der proletarischen Revolution" schrieb Lenin während des Krieges: „Eine unterdrückte Klasse, die nicht danach strebt, die Waffenkenntnis zu gewinnen, in Waffen geübt zu werden, Waffen zu besitzen, eine solche unterdrückte Klasse ist nur wert, unterdrückt, mißhandelt und als Sklave behandelt zu werden. Wir dürfen, ohne uns zu bürgerlichen Pazifisten und